

Mit Bundesstaatsreform Milliarden Euro einsparen

■ „Die FPÖ unterstützt die im Rahmen des Verfassungskonvents bereits angedachten Bestrebungen einer umfassenden Bundesstaatsreform, welche die Strukturen für einen modernen und leistungsfähigen Bundesstaat verankern soll“, kündigt FPÖ-NAbg. Norbert Hofer an.



Der FPÖ-Vizechef verweist auf Studien wonach das Einsparungspotential bei rund 3,5 Milliarden Euro liege. Diese Zahl habe auch der ehemalige Rechnungshof-Präsident Franz Fiedler genannt. „Wobei die BRD jedoch keinesfalls ein idealtypisches Vorbild ist“, führte Hofer weiter aus. „Da auch die dortigen Verwaltungskosten im internationalen Vergleich als hoch anzusehen sind. Es ist davon auszugehen, daß in Österreichs Verwaltung langfristig ein Einsparungspotential von vier Milliarden Euro zu lukrieren ist.“

Spät aber doch! VP-Leitl kopiert FPÖ-Forderungen! FPÖ-Themessl dazu:

Seit zwei Jahren fordert FPÖ ein Entlastungspaket!

■ Da nun auch die Wirtschaftskammer und ihr Präsident Leitl anlässlich der Finanzkrise ein Konjunkturpaket fordern, stellt FPÖ-Wirtschaftssprecher NAbg. Bernhard Themessl fest, daß die FPÖ seit über zwei Jahren bereits ein Entlastungspaket für die Bürger – vor allem aber auch für die KMU und EPU – verlange. „In erster Linie gilt es, der kalten Progression den Kampf anzusagen“, so Themessl. „Um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, müssen die automatischen jährlichen Steuererhöhungen durch die kalte Progression beseitigt werden. Das heißt, es sind die Grenzen für die Tarifstufen jährlich an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex anzupassen.“

Für eine effektive Entlastung der Wirtschaftstreibenden formuliert der freiheitliche Wirtschaftssprecher, daß zur Eigenkapitalstärkung und Liquiditätsverbesserung unter anderem die Abschaffung der umstrittenen

MindestKöSt gehöre, die bei Kapitalgesellschaften mit keinen oder nur sehr geringen Gewinnen letztlich zu einer Erosion des Eigenkapitals führe. „Nur dort, wo der Staat eine anrechenbare und äquivalente Leistung erbringt, sollten Gebühren und Steuern eingehoben werden. Die sogenannten Bagatellsteuern, speziell die Kreditvergabegebühren, sind daher ersatzlos zu streichen“, betont Themessl.

Lohnnebenkosten senken!

Eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie eine Vereinfachung der Lohnverrechnung gehören für Themessl ebenfalls zu einem entscheidenden Effekt des Entlastungspaketes. Insbesondere eine Senkung der AUVA- und IESG-Beiträge, welche derzeit mit einem gewaltigen Überschuß eingehoben würden, ist dringend angebracht. Auch beim Arbeitslosenversicherungsbeitrag müsse

eine Entlastung für die Arbeitgeber kommen. Und durch eine Vereinheitlichung des Lohnbegriffes und damit einhergehend der Lohnverrechnung wären Vereinfachungen für die Arbeitgeber von großem Vorteil.

„Wir wollen auch eine Verbesserung der Ausgabenstruktur des Staates in Richtung wachstumsfördernden Zukunftsinvestitionen. Die SPÖ/ÖVP-Regierung war in den beiden letzten Jahren leider absolut untätig. Sie hat ihre Hausaufgaben nicht erledigt. Dann kam die Neuwahl – und den Österreichern steht womöglich eine Koalition der Wahlverlierer ins Haus“, stellt Themessl abschließend fest. Angesichts einer drohenden Wirtschaftskrise sei es schlicht abzulehnen, daß der Wahnsinn der beiden letzten Jahre fortgesetzt werde. Die Noch-Regierung solle aber wenigstens bis spätestens Dezember dieses Jahres die Weichen für eine sinnvolle Entlastungspolitik

Trotz Wahlniederlage: Grüne hetzen weiter!

■ Wer geglaubt hat, daß die Grünen nach ihrer Wahlniederlage und dem damit verbundenen verdienten Abgang van der Bellens, sich auf dem Weg zu einer anständigen Politik befinden, der wurde am Dienstag bitter enttäuscht. Die Köpfe ändern sich zwar, doch die üblichen entbehrlichen Ergüsse haben kein Ende. Die zur Diskussion stehende Nachfolgerin (und die für ihr Amt als Dritte Nationalratspräsidentin sich eigentlich staatsmännisch geben müßende) Eva Glawischnig gab einmal mehr in einer Pressekonferenz die gewohnt linken Rülpsen von sich. Da wurden freiheitliche Wähler gleich einmal kräftig Rechtsradikalität unterstellt: „Ich kann und möchte nicht hinnehmen, daß 30-40 Prozent der Erstwähler rechtsradikal sind“, zeigte sie sich darüber verbittert,

daß die Grünen bei der Jugend schon längst unten durch sind. Wer läßt sich schon gerne als Rechtsradikaler beschimpfen, wenn man Angst hat, von einem Ausländer



Kaum an der Spitze, hetzt Glawischnig munter gegen freiheitliche Jungwähler!

bestohlen, beraubt oder sogar erschlagen zu werden (oder schlimmeres)? Doch das interessiert die Grünen nicht, da wird lieber kräftig weitergehetzt. Das Wahlergebnis hätte aber Warnung genug sein müssen. Da kann man nur froh sein, daß so eine Nationalratspräsidentin Ende Oktober endlich ihren Hut nimmt.

Und auch der Grüne Karl Öllinger, der Österreich – trotz der grünen Niederlage – nicht erspart bleibt, hetzt gewohnt gegen die FPÖ. Er fordert die Aufhebung der Immunität der zukünftigen FPÖ-NAbg. Susanne Winter und betonte, daß ihre Auslieferung an die Gerichte bereits schon jetzt feststehe (!). FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl kontert: „Offenbar steht bei den Grünen der scheinmoralische Habitus in umgekehrt pro-

portionalem Verhältnis zum derzeitigen politischen Erfolg. Oder anders ausgedrückt: Je tiefer man in der Wählergunst nach unten falle, desto peinlicher beginne man von seiten der grünen Fraktion heruzumoralisieren.“ Es liege nämlich nicht an einem grünen Abgeordneten, zu prophezeien, was im Immunitätsausschuß des Parlaments „jetzt schon feststehe“ oder eben auch nicht. Daß im übrigen gerade die selbsternannten grünen „Tabubrecher“ die ersten seien, die bei der vermuteten Herabwürdigung einer Religion als Großinquisitor auftreten würden, „ist alleine schon etwas für das Skurrilitätenkabinett“, so Kickl.

So wie es aussieht geht es mit den Grünen munter weiter – nämlich munter weiter bergab!

Robert Lizar